**Zeitschrift:** Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz
**Band:** 29 (1950)
**Heft:** 8

**Rubrik:** Glossen aus dem Leserkreis

**Nutzungsbedingungen**
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

**Conditions d'utilisation**
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

**Terms of use**
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF:** 13.07.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch**

sozialen Reformen, sei es auch in verhüllter Form, aufzutreten. Ein Bischof von Sitten, der 1950 seinen Gläubigen die Mitgliedschaft in den freien Gewerkschaften verbieten möchte, wäre in Großbritannien schon deshalb unmöglich, weil es überhaupt keine andern Gewerkschaften als freie gibt. Daß sich die katholische Kirche wie in Italien schützend vor eine soziale Ordnung voll schreiender Ungerechtigkeit stellen würde, wäre in England undenkbar. Das mag ein wenig damit zusammenhängen, daß die katholische Kirche in Großbritannien selbst arm ist und keine Latifundien besitzt, aber es ist sicher nicht der einzige Grund.

Natürlich gibt es auch auf dem europäischen Festland sozialen und sozialistischen Bestrebungen gegenüber aufgeschlossene Priester – in der Bonner SPD-Fraktion sitzt zum Beispiel einer von ihnen. Trotzdem geht im allgemeinen die Haltung aller christlichen Kirchen der Arbeiterbewegung gegenüber über eine meist nicht einmal wohlwollende Neutralität nicht hinaus, wenn auch der sieghafte Aufstieg der Arbeiterbewegung in vielen Ländern ein Festhalten an der früheren erbitterten Feindschaft für die Kirche einfach untragbar gemacht hat. Die Achtung vor dem religiösen Bekenntnis des Mitmenschen sollte natürlich auch dem areligiösen Sozialisten eine Selbstverständlichkeit sein. Gewiß sind von sozialistischer Seite in der Vergangenheit da manche Fehler begangen worden, diese waren aber höchstens Sünden gegen den guten Geschmack, keineswegs ideologische Verirrungen. Und solcher Sünden gegen den guten Geschmack macht man sich leicht schuldig, wenn man in Abwehr gegen einen skrupellosen Gegner steht und dessen schwache Punkte so klar zutage liegen. Der Grundsatz der religiösen Toleranz wäre immer und überall zu beobachten, doch darf dies nicht als ein Maulkorb für die Verbreitung von Ansichten sein, die mit den von der Kirche verkündeten in Widerstreit stehen. Daß «Marx und seine Freunde» die «antireligiöse Parole ausgegeben haben», stimmt wohl nicht ganz. Die Feststellung, daß Religion Opium für das Volk ist, klingt nicht ganz so unberechtigt in einer Zeit, die erkannt hat, daß die Menschen eben ein Bedürfnis nach etwas Spirituellem (Goethe: «Wer Wissenschaft und Kunst besitzt, hat auch Religion; wer jene beiden nicht besitzt, der habe Religion») und manchmal auch nach etwas Opium haben. Unsere Aufgabe kann nicht sein, in roher Weise den noch bestehenden Glauben an die unbefleckte Empfängnis Maria zu zerstören. Was wir tun müssen, ist, den Menschen positive Werte zu geben, die sie auch über einen Alltag erheben, der nicht mehr von Not und Elend gezeichnet ist. J. W. B.

# *Glossen aus dem Leserkreis*

## «Hinter der Fassade»

*Im Januarheft 1949 veröffentlichte die «Rote Revue» einen Aufsatz «Über ostdeutsche Schulreform» aus der Feder eines in Hamburg tätigen Lehrers. Nun kommt uns — unter dem Titel: «Hinter der Fassade» — eine Entgegnung zu, die ein im sächsischen Industriegebiet (russische Zone) tätig gewesener, vor kurzem nach Westdeutschland entflohener Lehrer verfaßt hat. Wir entnehmen seinen Ausführungen einige Abschnitte; auf vollständigen Abdruck müssen wir aus Raummangel verzichten.* *V. G.*

Der Bericht jenes westdeutschen Lehrers, der seine Eindrücke von der ostdeutschen Schulreform schilderte, ist charakteristisch für die Betrachtungsweise eines unvoreingenommenen Beobachters der Vorgänge in Mitteldeutschland, der sich bemüht, objektiv zu

urteilen. Er wurde jedoch das Opfer einer Politik, die hier im Volksbildungswesen wie in allen andern Zweigen des staatlichen Lebens das wahre Bild durch schöne, glänzende Fassaden zu verstecken versteht. Mit statistischen Vergleichszahlen, Auszügen aus Reden führender Schulpolitiker der Ostzone, Gesetzesbestimmungen und Schilderungen über die Ausstellungen neuer Lehrmittel und Bücher wird ein Bild vom Schulwesen der Ostzone zusammengefügt, welches dieses Schulwesen weit erhaben erscheinen läßt über alles, was sonst irgendwo in der pädagogischen Provinz auf deutschem Boden geschah und noch geschieht. Doch bedürfen die Ausführungen jenes Verfassers noch vieler Ergänzungen, da er es versäumte, den Blick einmal auch hinter die Kulissen der ostzonalen Schulbühne zu werfen...

Im Westen wie im Osten Deutschlands gilt die Demokratisierung des Schulwesens als ein Hauptfaktor der Umerziehung des deutschen Volkes und der inneren Umgestaltung des deutschen Staates. In beiden Teilen unseres Vaterlandes wird sehr viel dafür getan und davon gesprochen. Die unterschiedliche Auffassung vom Wesen der Demokratie aber hat die Brücken der Verständigung zwischen Ost und West niedergerissen. Spricht man im Westen von Demokratisierung, so meint man damit, daß einer ethischen Lebensform zum Durchbruch verholfen werden müsse, die der individuellen Entfaltung des Einzelwesens den größtmöglichen Raum gewährt, ohne daß die Gesamtheit dadurch gehindert wird, vollwertig und gleichberechtigt am Zusammenleben einer Gemeinschaft freier Völker Anteil zu nehmen. Das schließt soziale Strukturwandlungen nicht aus. Im Osten hingegen bedeutet «Demokratisierung» radikale Umgestaltung der gesellschaftlichen Struktur nach den Prinzipien des Marxismus und Materialismus, die als Demokratie einzig und allein die Diktatur des Proletariates anerkennen. Daher kommt es, daß der Osten dem Westen und der Westen dem Osten unausgesetzt vorwirft, die Demokratisierung hintertrieben zu haben, obwohl auf beiden Seiten mit innerer Hingabe und Überzeugung daran gearbeitet wird...

Wir haben alle Maßnahmen in Mitteldeutschland, soweit es zur sowjetischen Einflußsphäre gehört, als Teil eines großangelegten Planes zu sehen, dessen Ziel die Errichtung der Diktatur des Proletariats ist, einer Diktatur, die ihrem Wesen und Inhalt nach der des Hitlerregimes zwar nicht gleichzusetzen ist, die aber doch alle jene Erscheinungen erkennen läßt, gegen deren Verbreitung sich heute ein Block von Staaten zusammengeschlossen hat, dem es um die Erhaltung der Freiheit und der westlichen Kultur geht.

Das «Gesetz zur Demokratisierung der Schule», das in der Ostzone am 1. Juli 1947 in Kraft trat, zog konsequent unter alle deutsche Schulpolitik der Vergangenheit einen dicken Schlußstrich und schuf zweifellos eine gute Plattform, auf der sich ein wirklich neues, demokratisches Kultur- und Geistesleben hätte aufbauen können. Wer in den ersten Monaten nach seiner Inkraftsetzung in der Schule der Ostzone arbeitete, konnte den frischen, lebenswarmen Zug verspüren, der wie Frühlingsluft durch die Schulstuben und Konferenzsäle der Lehrer ging. Hier war eine von Vorurteilen unbelastete junge Lehrerschaft am Werk, dieses neue Gesetz aufopferungsbereit mit echtem demokratischem Geist zu füllen und eine neue Schule zu bauen, aus der später einmal Demokraten ins Leben hinaustreten würden. Alle waren damals mit innerer Hingabe bereit, aus den Trümmerstätten Deutschlands neues, schöneres Leben zu wecken. Mit welcher Lust ging jeder ans Werk! Aber wie bald wurde der lebenswarme Frühlingswind zu einem kalten Hauch, der rasch alle Begeisterung abtötete, noch ehe sie sich voll entfaltet hatte... Schon 1948 war die politische Gleichschaltung der Lehrergewerkschaften vollendete Tatsache, und als 1949 der Zweijahresplan in der Ostzone begann, verstärkte sich der politische Druck von ganz links um ein Vielfaches. Jede Opposition gegen die Bevormundung durch die SED wurde rücksichtslos ausgerottet. Mittlerweile war es zum Wagnis geworden, an den bestehenden Zuständen Kritik zu üben, insbesondere solche Kritik, die die Axt an die Wurzel des Systems legte. Wer als überzeugter Gegner der marxistischen Staatspraxis erkannt war, durfte nicht hoffen, sein Amt noch lange auszuüben. Der Kurs war eindeutig und einheitlich festgelegt: er hatte im Fahrwasser des Kommunismus zu verlaufen. Die Säuberung der Behörden von nicht «linientreuen» Elementen machte rasch Fortschritte. Ein Schulrat und Schulleiter nach dem andern wurde von jungen Kräften abgelöst, die zu den alten Traditionen der deutschen Schule keine inneren Beziehungen mehr besaßen und ihr Wissen zur Hauptsache nicht in pädagogischen Lehranstalten, sondern in SED-Parteischulen erworben hatten. Heute ist in der Ostzone die Zahl der «Altlehrer», die noch irgendwie verantwortliche Po-

sitionen innehaben, verschwindend gering. Die Schulämter und alle andern Stellen der behördlichen Schulaufsicht, die Schulleitungen und Leitungen der pädagogischen Arbeits- und Fortbildungsgemeinschaften und die Schlüsselstellungen in den Lehrergewerkschaften liegen zum größten Teil in den Händen kurzausgebildeter Neulehrer, die das Vertrauen der SED besitzen und deren Politik unterstützen ... Viele der Altlehrer, die 1933 von den Nazi entlassen und 1945 in den Schuldienst wieder übernommen worden waren, kämpfen heute schon wieder mit ähnlichen Schwierigkeiten wie damals, weil sie ihrer demokratischen Gesinnung treu bleiben und die Gefahren des radikalen SED-Kurses erkennen ...

Als Grundlage der Lehrerfortbildung dienen in der Ostzone Werke sowjetischer Pädagogen, von denen mehrere Übersetzungen erschienen sind. Ich nenne nur Makàrenko, Ogoròdnikow, Schimbirjew, Jossipow, Gontscharow und Kornilow, die allesamt auf der Basis des Marxismus-Leninismus und des dialektischen Materialismus fußen. Wäre es so, daß diese Pädagogen mit zur Fortbildung herangezogen würden, um dem Lehrer der Einheitsschule das Blickfeld zu weiten, so könnte man dieses Vorgehen nur loben und anerkennen. Tatsächlich aber wird das pädagogische Arbeitsfeld ausschließlich von diesen Pädagogen bestimmt. Von dem, was sonst in der Welt an fruchtbringenden, wertvollen pädagogischen Ideen keimt, erfährt der Lehrer hier so gut wie nichts, wenn es nicht zufällig in den einheitlich ausgerichteten Streifen der materialistischen Theoretiker hineinpaßt. Das allerdings sind Tatsachen, die erst seit Anfang 1949 sich abzuzeichnen begannen, und dem Beobachter des Westens konnten sie deshalb nicht auffallen ... In dem Artikel der «Roten Revue» findet sich kein Wort davon, was hier dem «politischen Lehrer» als selbstverständliche Voraussetzung für seine Arbeit abgefordert wird: unermüdliche Aktivität im Sinne der von der SED bestimmten Politik, innerhalb und besonders auch außerhalb der Schule. Auch davon weiß der Schreiber nichts zu sagen, wie oft in den Schulen politische Feiern abgehalten werden müssen, zu denen es reichlich Anlaß gibt. Ich nenne nur Namen wie Stalin, Lenin, Pieck, Liebknecht und die russische Oktoberrevolution; das sind aber bei weitem nicht alle. Wenn nur an den Oberschulen derartige Gedenkstunden üblich wären, ließe das noch auf einige pädagogische Einsicht der Behörden schließen, die solche Feiern anordnen. Einem fünften Schuljahr aber den Sinn und die Bedeutung der russischen Oktoberrevolution beizubringen, ist vergebliche Mühe ... Ich habe in der Nazischule derartige politische Feiern zur Genüge mit durchgemacht. Wie sinnlos war die Zeit da verredet worden! ...

Die hohen Aufwendungen der Ostzonenländer für Zwecke der Kultus- und Volksbildungsministerien sind nicht abzustreiten und stellen eine begrüßens- und nachahmenswerte Tatsache dar. Die Ostzone ist hierin im gegenwärtigen Deutschland unbestritten führend. Man darf aber diese Entwicklung nicht isoliert betrachten ... Die SED weiß, warum sie so viel Geld in die Schule steckt! Hier wächst die Generation heran, die in einigen Jahren schon das Staatsschiff lenken muß. Mit Dummköpfen und politisch nicht ausgerichteten Menschen hat die SED keine Aussicht, am Ruder zu bleiben und den Kurs des Schiffes zu bestimmen ... Den Baumeistern der ostdeutschen Schulreform kommt es darauf an, die Jugend von morgen zu formen, die den Staat übernehmen wird. Dieser Staat aber wird, wenn es nach dem Willen der heutigen Machthaber in Rußland und Ostdeutschland geht, ein totalitärer sein, in dem für den Begriff «Diktatur des Proletariats» das klangschönere Wort «Demokratie» eingesetzt sein wird. Wir wollen den Initianten dieser Art von Demokratie nicht einmal egoistische Interessen in ihren Plänen unterstellen, sondern annehmen, daß sie tatsächlich davon innerlich fest überzeugt sind und glauben, nur so der Erhaltung des Weltfriedens dienen zu können. Was aber wird das für ein Friede sein, der von Leuten solcher Geisteshaltung kommt? Bestenfalls ein äußerer, formaler, so wie alles bei ihnen auf äußeren Glanz und Fassadenbau abgestellt ist ... *O. G.*